



Mitteilungsblatt des Andreas Hofer Bund e.V.



„100 Jahre Unrecht machen keinen Tag Recht“ - Plakataktion in ganz Tirol und im Vaterland Österreich.

Kein anderer Spruch gibt trefender wider, was mit Tirol im Jahre 1920 geschehen ist. Das Land wurde zerrissen und der südliche Teil ohne Volksabstimmung und gegen den Willen der Südtiroler an das Königreich Italien angeschlossen. „An dieses Unrecht zu erinnern, das heute, 100 Jahre danach, immer noch anhält, das sind wir unseren Vorfahren und unseren Nachkommen schuldig“, so Roland Lang, der Obmann des Südtiroler Heimatbundes.

In einer breit angelegten Plakat- und Anzeigenaktion in ganz Tirol und in Österreich wird der Südtiroler Heimatbund auf diesen Schick-

salstag, den 10. Oktober 1920, hinweisen. An diesem Tag unterschrieb der italienische König Vittorio Emanuele III. die formelle Annexion Tirols südlich des Brenners.

Bereits vor der Annexion des Gebietes zwischen Brenner und Borghetto begann Italien zuerst zaghaft, danach aber massiv, den Tirolern deutscher, italienischer und ladinischer Muttersprache zu zeigen, wer hier die neuen Herren sind.

Die Geschichte Südtirols seit 1920 ist bekannt. Benachteiligung, Drohungen, Gewalt, Mord, Folter, Erniedrigungen, Geschichtsfälschungen und viele italienische Versprechungen und Zusagen wechselten sich in diesen hundert Jahren ab. Das Ziel war aber immer dasselbe: Südtirol sollte eine normale italienische Provinz werden.

Bezeichnender Weise hat Italien – das immer stolz auf die Einigung des Staates durch Volksabstimmungen verweist – es bis heute nicht gewagt, Volksabstimmungen über die Staatszugehörigkeit in Südtirol und Welschtirol (dem heutigen „Trentino“) durchzuführen.

Beginnend in Welschtirol werden ab 28. September in Trient (via Pietrastretta und via Centochiavi) Großflächenplakate auf den 10. Oktober 1920 und die verweigerte Selbstbestimmung hinweisen.

Ab 5. Oktober werden zwischen Brenner und Salurn Plakate an den

Bushaltestellen an diesen für Tirol so einschneidenden Tag erinnern.

Auch in Nord-Tirol und Österreich werden ab 8. Oktober in mehreren Städten und in Wien Plakate an die Abtrennung Südtirols von Österreich erinnern.

Der Südtiroler Heimatbund möchte mit dieser Aktion auf die völkerrechtswidrige Teilung vor 100 Jahren und auf die damit erfolgte Entfremdung aufmerksam machen. Zugleich verweist er auch auf die immer noch vorhandene Verbindung mit Nord-Tirol und mit dem Vaterland Österreich. Tirol ist noch nicht Geschichte!

„100 Jahre Unrecht schaffen keinen Tag Recht.

Und um Unrecht zu beseitigen, braucht es den Einsatz von uns allen“.

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes



SHB: Zum Tode von Dekan Johannes Noisternigg

Der Südtiroler Heimatbund trauert um Dekan Johannes Noisternigg. Der bekannte und allseits geschätzte Kirchenmann erblickte im Jahr 1935 in der Passetstadt Meran das Licht der Welt. Nach dem Besuch des Johanneums in Dorf Tirol trat er im Alter von 21 Jahren in das Priesterseminar in Trient ein. Des weiteren empfing er am Josefitag 1961 in seiner Vaterstadt das Sakrament der Priesterweihe, so Lang.

Vor gut 30 Jahren übernahm er die Dompfarre und das Dekanat Bozen I. Im September 2007 war es der seinerzeitige Bischof Wilhelm, der Noisterniggs Abdankung annahm und ihm die Alten-

seelsorge in der Diözese Bozen-Brixen anvertraute, so der SHB.

Zwei große Leidenschaften prägten Noisternigg wie keine andere. Zum einen war es die Liebe zu seiner Heimat Tirol gepaart mit der Sorge um die Zukunft der deutschen Volksgruppe Südtirols. So war Noisternigg vor zwei Jahren bei der Gedenkfeier in Blumau für die Internierten des faschistischen Konzentrationslagers „Campo Isarco“ dabei. Auch bei der Eröffnung der Ausstellung „BAS- Opfer für die Freiheit“ in Bozen fehlte der Kirchenmann nicht.

Auch wenn seine Freizeit spärlich war, versuchte der Dekan viel von der Welt zu sehen. Vielen von uns ist er auch als Organisator zahlreicher Gruppen bekannt. Das Fliegen wurde sein Traum, schwerelos sein und damit näher bei Gott. Nun ist Noisternigg zur letzten Reise angetreten. Der Südtiroler Heimatbund und wohl ganz Tirol trauern um einen verdienten Kirchenmann und aufrechten Patrioten, schließt Lang.

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes

✱

Nachruf für Alois Ebner - ein Opfer politisierter Justiz

In der Nacht vom 17. auf den 18. Juli 2020 ist Alois Ebner, einer der in einem unrühmlichen Prozess verurteilten „Pfundere Buam“, für immer von uns gegangen, teilt Obmann Roland Lang im Namen des Südtiroler Heimatbundes mit. Alois Ebner hatte in seiner Jugend Schweres erleben müssen.

Unter dem Titel „Justiz in Südtirol“ veröffentlichte die österreichische „Liga für Menschenrechte“ im Jahre 1958 eine Broschüre, in welcher das Vorgehen der italienischen Justiz gegen die Pfunderer Burschen eingehend untersucht und dargestellt wurde. Auf dem Umschlagbild ist der junge Pfunderer Alois Ebner zu sehen.

In der Nacht des 15. August 1956 waren 7 junge Bauernburschen in Pfunders, einem kleinen Gebirgsort in einem Seitental des Pustertals,

Vor einer Arbeiterkantine in eine Rauferei mit zwei italienischen Finanzern geraten, mit denen zusammen sie vorher ausgiebig in der Kantine gezecht hatten. Einer der Finanziere, Raimondo Falqui, hatte Reißaus genommen, war schwer alkoholisiert davon gerannt und in der Dunkelheit von einer steinernen Brücke ohne Geländer 3 Meter tief in den ausgetrockneten Roanerbach gestürzt. Bei seinem Sturz hatte sich Falqui einen sofort tödlichen Schädelbruch zugezogen. Die spätere Untersuchung ergab, dass Falqui 1,7 Promille Alkohol im Blut gehabt hatte, also schwer betrunken gewesen war.

Die vor der Kantine Zurückgebliebenen Falquis Sturz nicht mitbekommen und gingen ebenso wie dessen Kollege nach Hause zu dem jeweiligen Bauernhof, auf dem sie arbeiteten. Am nächsten Tag wurden die Bauernburschen als „Mörder“ verhaftet.

Bereits am 17. August 1956 meldete die **Bozener italienische Tageszeitung „Alto Adige“** auf ihrer Titelseite, dass es sich um **Mord** gehandelt habe. Der Financier sei angegriffen und umgebracht worden („*aggredita ed uccisa*“). Am 23. August 1956 schrieb die Zeitung:

„Die Missetat hat ohne Zweifel ihre Ursache in dem ungesunden Geist der antiitalienischen Gehässigkeit“. Und am 31. August verkündete das Blatt: *„Die Südtiroler Volkspartei trägt die moralische Schuld am Mord des Finanzwächters von Pfunders.“*

In Rom gab das **„Giornale d’Italia“**, das Zeichen zur Hetzjagd: Es sei Mord gewesen und zwar ein **„politischer Mord ... Die Gründe sind ... zweifellos in dem Klima des Hasses zu suchen, den die Vertreter einer Partei seit Jahren säen ...“** Gemeint war damit die „Südtiroler Volkspartei“.

Die Ermittlungen wurden so geführt, dass sie eine Mordanklage rechtfertigen sollten. Die These der Vernehmenden und später des Gerichtes lautete, dass Falqui zu

Tode geprügelt und dann in das Bachbett geworfen worden sei.

Der Prozess gegen die Pfunderer Burschen begann am 8. Juli 1957 und fand vor dem Schwurgericht in Bozen statt. Den Angeklagten half es gar nichts, dass sie aussagten, bei den Verhören geschlagen und zu ihren „Geständnissen“ erpresst worden zu sein. Die Verhandlung wurde nur in italienischer Sprache geführt. Die Angeklagten konnten weder den Aussagen der Zeugen, noch der Beweisführung der Ankläger folgen. Der Staatsanwalt behauptete, die Angeklagten hätten den Financier Falqui geradezu „*gelyncht*“ und der Vertreter der Privatanklage nannte die Angeklagten *„Hyänen“*, *„Bestien“*, *„hündische Meute“*, *„halbe Kannibalen, Wegelagerer und Mörder“*. („L’Adige“, Trient, vom 13. Juli 1957).

Wichtige Entlastungszeugen wurden nicht angehört. Am „Tatort“ war keine Spurensicherung vorgenommen worden. Mit der Aufklärung des Geschehens wurde keine Morduntersuchungskommission mit Spezialisten eingeschaltet.

In dem Verfahren blieb **ein entlastendes Gutachten des Gerichtsmediziners Professor Aldo Franchini** von der Universität Padua unberücksichtigt, der festgestellt hatte, dass Falchi’s Schädelbruch mutmaßlich durch den Sturz in das Bachbett verursacht worden sei.

Alle Angeklagten wurden am 16. Juli 1957 zu hohen Strafen verurteilt, Alois Ebner zunächst zu 24 Jahren Kerker und in zweiter Instanz zu lebenslanger Haft. Der italienische Justizminister Guido Gonella nannte das Urteil *„würdig der vornehmsten Traditionen der italienischen Justiz“*.

Am 1. April 1958 veröffentlichten die „Dolomiten“ eine Entschließung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP), in welcher es hieß: *„es wurde Rache geübt, die zur Beschaffenheit der Tat und den offenbaren Absichten der Täter in keinem Verhältnis steht und an die dunkelsten Zeiten unmenschlicher Strafjustiz erinnert.“*

Das Urteil rief in ganz Tirol Entsetzen hervor. Am 1. April 1958 ruhte in ganz Nordtirol von 10 Uhr bis 10.05 Uhr alle Arbeit zu einem Gedenken an die unglücklichen Pfunderer Burschen. Landeshauptmann Dr. Tschiggfrey, erklärte während dieser Gedenkminuten über den Rundfunk: „*Das Tiroler Volk denkt, von tiefstem Leid erfaßt, an jene sechs jungen Bauernsöhne eines entlegenen Südtiroler Bergdorfes, deren Leben durch einen Richterspruch ganz oder teilweise vernichtet wird.*“

Europaweit hatte die Kritik an dieser politisch geprägten Justiz zugenommen. In einem Gutachten hatte 1958 der international renommierte Kriminologe Prof. Dr. Armand Mergen, Universitätsprofessor für Kriminologie an der Universität Mainz, schwerste Unterlassungen der Erhebungsbehörden und des Gerichtes festgestellt und war zu dem Schluss gekommen, dass die Schuld der Verurteilten keineswegs bewiesen worden war.

Das Ministerkomitee des Europarates empfahl 1963 eine Begnadigung. Die römische Regierung benützte nun schrittweise diesen Ausweg aus dem Dilemma, in welches sich Italien selbst durch dieses Verfahren gebracht hatte. Der letzte Begnadigte, Alois Ebner, kehrte Weihnachten 1966 heim. Er hatte 10 Jahre in ungerechtfertigter Haft verbracht. Er ruhe in Frieden!

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Selbstbestimmung: Tajani beleidigt Süd-Tirol.

Als „wirr und irr“ bezeichnet der Landtagsabgeordnete der Süd-Tiroler Freiheit, Sven Knoll, die beleidigenden Aussagen des ehemaligen EU Parlamentspräsidenten, Antonio Tajani, der in einem Interview mit EL ESPAÑOL die Süd-Tiroler als Störenfriede abstempelt, „mit denen Italien viele Jahre Probleme hatte“, und der die Forderung nach Selbstbestimmung mit lebenslänglichem Gefängnis

bestrafen möchte. Tajani hat offenkundig nicht nur von der Geschichte Süd-Tirols keine Ahnung, sondern auch von den Menschenrechten und den Gesetzen des italienischen Staates keinen blassen Schimmer.

Antonio Tajani sei daran erinnert, dass sich Süd-Tirol die Zugehörigkeit zu Italien nicht freiwillig ausgesucht hat und es Mussolini war — dessen positiven Errungenschaften Tajani ja so lobenswert findet — der die Süd-Tiroler grausam unterdrückt hat und kulturell auslöschen wollte.

Wenn schon, bereitet Italien Süd-Tirol wirtschaftlich und politisch laufend Probleme, aber sicher nicht umgekehrt, so der Landtagsabgeordnete Sven Knoll.

Nicht minder sinnbefreit ist auch Tajanis Aussage, wonach es innerhalb eines Staates nur ein Vaterland geben kann und die Forderung nach Selbstbestimmung in Italien daher mit lebenslanger Gefängnisstrafe sanktioniert wird.

Nicht Italien, sondern Österreich ist das Vaterland Süd-Tirols. Nur deswegen hat Süd-Tirol überhaupt eine Autonomie. Dies in Frage zu stellen, bedeutet nichts anderes, als die Grundlage der Süd-Tiroler Autonomie in Frage zu stellen.

Die Süd-Tiroler Freiheit erinnert Tajani daran, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Artikel 1 der UN-Menschenrechtspakte verankert ist und diese Rechte in Italien sogar per Verfassung anerkannt wurden. Tajani sollte sich daher eingehender informieren, oder noch besser, einfach schweigen.

L.-Abg. Sven Knoll, Süd-Tiroler Freiheit

Carabinieri ermitteln: Kontrolljagd gegen deutsche Ärzte geht weiter.

Nachdem ein österreichischer Arzt aus dem Register der Ärztekammer in Süd-Tirol gestrichen wurde, weil er „nur“ Deutsch spricht, geht die Kontrolljagd italiensicher Behörden gegen deutsche Ärzte wie-

ter. Eine Sondereinheit der Carabinieri ist im Bozner Spital vorstellig geworden, um weitere Fälle aufzudecken und forderte sogar Vorkehrungen zur Entlassung des österreichischen Arztes. Dieses Vorgehen der Carabinieri ist skandalös und eine politisch motivierte Einschüchterung, die darauf abzielt, deutsche Ärzte aus dem Süd-Tiroler Gesundheitswesen hinauszuekeln, so der Landtagsabgeordnete der Süd-Tiroler Freiheit Sven Knoll.

Die Forderung der Carabinieri nach Vorkehrungen zur Entlassung des Arztes ist auch rechtlich illegal, da der betroffene Arzt 30 Tage Zeit hat einen Rekurs einzureichen und während dieser Zeit nicht entlassen werden darf.

Die Süd-Tiroler Freiheit erinnert zudem daran, dass durch das Autonomiestatut die deutsche Sprache in Süd-Tirol der italienischen Sprache gleichgestellt ist. Gleichgestellt heißt in allen Bereichen gleichwertig und nicht, dass die italienische Sprache verpflichtend ist und die deutsche Sprache lediglich zusätzlich verwendet werden kann.

In diesem Zusammenhang ist auch das Vorgehen der Süd-Tiroler Ärztekammer zu verurteilen, die einfach willfährig die Haltung des Staates eingenommen hat und den österreichischen Arzt aus dem Register der Ärztekammer gestrichen hat, ohne auf die autonomen Sonderregelungen in Süd-Tirol Rücksicht zu nehmen. Gerade von den Vertretern der Süd-Tiroler Ärztekammer würde man sich mehr Feingefühl und eine Verteidigung der Autonomie erwarten, zumal es auch um das fundamentale Recht der deutschsprachigen Bevölkerung auf den Gebrauch der Muttersprache geht.

Die Süd-Tiroler Freiheit spricht dem österreichischen Arzt Thomas Müller die volle Solidarität aus und kündigt an, alle politischen Maßnahmen zu unterstützen, die diese Kontrolljagd auf deutschsprachige Ärzte sowie die eklatante Diskriminie-

rung der deutschsprachigen Bevölkerung in Süd-Tirol beenden. L.-Abg. Sven Knoll, Süd-Tiroler Freiheit.

BULSAN/BOZEN. Am 8. Mai wurde vor 75 Jahren die Südtiroler Volkspartei gegründet. „Die SVP war von Anfang an die Partei der deutschen und ladinischen Minderheit. Ladiner waren sowohl bei der Gründung der Südtiroler Volkspartei dabei, als auch im Laufe der Jahre in höchstem Maß geblichen Partei- und Regierungspositionen aktiv“, schreibt der ladinische Obmann Stellvertreter Daniel Alfreider in einer Presseaussendung. Als kleinste Sprachgruppe in Südtirol seien die Ladiner die am meisten gefährdete sprachliche Minderheit mit einem Bedürfnis und Anspruch auf besondere Schutzmaßnahmen. Um diese kämpfte die SVP seit 75 Jahren. „Dank der SVP können wir Ladiner auf eine große Vergangenheit zurückblicken“, schreibt Alfreider: „Die Bilanz unserer Partei kann sich durchaus sehen lassen: Es ist gelungen, die ladinische Volksgruppe in Südtirol zu etablieren, obwohl sie weder im Friedensvertrag von Saint Germain 1919 noch im Pariser Vertrag von 1946 erwähnt wurde und im ersten Autonomiestatut nur ein einziges Mal im Zusammenhang mit Schule und Kultur genannt wurde.“ In der Vergangenheit konnten wir sehr viel für die deutsch- und ladinischsprachige Minderheit erreichen: Wir haben unsere jeweils eigenen Schulen, der ethnische Proporz garantiert eine gerechte Aufteilung der Ämter und Stellen in der öffentlichen Verwaltung und eine angemessene Verteilung von öffentlichen Leistungen“, schreibt der Vorsitzende der SVP Ladina. „Wir leben selbstbewusst unsere Traditionen, haben eine starke Heimatverbundenheit und unsere Identität ist nicht mehr in unmittelbarer Gefahr. So kann die Verbindung von Tradition und Zeitgeist, von gelebten Werten und Offenheit unsere Kultur festigen und entwickeln“, ist Alfreider überzeugt.

„Die SVP ist stolz, mit Meilensteinen, wie dem Paket 1969 und dem Zweiten Autonomiestatut 1972 den Weg einer erfolgreichen Minderheitenpolitik nicht mit utopischen Forderungen, sondern konkreten und machbaren Schritten gegangen zu sein, so wie auch bei der letzten Änderung des Autonomiestatutes und der Durchführungsbestimmungen der letzten Jahre. Diese Erfolge dürfen wir nun nicht aufs Spiel setzen, sondern wir müssen weiterhin geschlossen dafür eintreten. Das Recht auf Existenz und kulturelle Entfaltung der deutschen und ladinischen Minderheit muss dauerhaft gesichert bleiben“, schreibt Alfreider. Die SVP sei sich ihrer großen Verantwortung gerade jetzt in der aktuellen Krise bewusst. In diesen schwierigen Zeiten müsse man zusammenhalten und sich auf die Stärken und die Gemeinschaft besinnen. Die ladinische Volksgruppe werde jedenfalls beim Neustart und Wiederaufbau nach der Corona Krise ihren Beitrag leisten und Verantwortung übernehmen.

„Mein Wunsch ist es, dass wir in 75 Jahren genauso stolz auf unsere Geschichte zurückblicken können, wie wir dies jetzt tun“, schreibt Alfreider.

Aus Dolomiten

Angriffe auf Autonomie: Es braucht die Süd-Tiroler Freiheit in Brixen.

Schockiert zeigt sich Stefan Unterberger, Gemeinderatskandidat der Süd-Tiroler Freiheit in Brixen, über die Vorstellungen des grünen Brixner Bürgermeisterkandidaten, Markus Frei. Gehe es nach ihm, sollten in Brixen die Ämter für Kultur, Schule und Soziales zusammengelegt werden. „Dies wäre ein Frontalangriff auf den Schutz der deutschen Sprachgruppe und muss mit allen Mitteln verhindert werden“, sagt Unterberger.

Angriffe auf die Autonomie kämen aber nicht nur von den Grünen, sondern auch von Antonio Bova, dem amtierenden Brixner Gemeinderat der Fratelli d'Italia. Dieser soll nämlich gefordert haben, das

Amt des Gemeinderatspräsidenten künftig in italienische Hände zu geben.

„Solche Forderungen zeigen einmal mehr, wie wichtig eine Vertretung der Süd-Tiroler Freiheit in Brixen ist, um sich auch auf Gemeindeebene gegen die Aushöhlung unserer Autonomie wehren zu können“, betont Unterberger abschließend.

Stefan Unterberger, Gemeinderatskandidat der Süd-Tiroler Freiheit in Brixen.

(Anm. d. Red.) Stefan Unterberger hat bei den Gemeinderatswahlen am 19.9. den Sprung in den Brixner Gemeinderat geschafft. Der AHB gratuliert dazu.

Immersionsunterricht: Trient beendet CLIL – Süd-Tirol soll nachziehen!

Aus für den Unterricht in der Fremdsprache: Die Provinz Trient beendet das babylonische Sprachenexperiment CLIL. Die Süd-Tiroler Freiheit fordert, endlich auch hierzulande damit Schluss zu machen. Der CLIL-Unterricht ist weder mit Artikel 19 des Autonomiestatuts in Einklang zu bringen, noch steigert er die Leistungen der Schüler. Die Fakten sprechen - anders als die CLIL-Schüler - eine deutliche Sprache!

Der Fachunterricht in einer Fremdsprache wurde an Süd-Tirols Oberschülern getestet. Bei der wissenschaftlichen Auswertung zeigte sich dann, dass die CLIL-Experimente nichts gebracht haben. Im Gegenteil: Die Italienischkenntnisse verschlechterten sich sogar und im Fachunterricht konnte nur ein Drittel des normalen Pensums geschafft werden!

Für die Süd-Tiroler Freiheit ist klar: es braucht besseren und nicht mehr Italienischunterricht! 13 Jahre, 1.700 Stunden: So viel Italienischunterricht genießen die meisten Schüler von der Volks- bis zur Oberschule. Quantität ist also vorhanden, Qualität offensichtlich nicht! Italienisch muss deshalb endlich als Fremd- und nicht als Zweitsprache gelehrt werden.

Die SVP schaut viel und gerne nach Süden. Das sollte sie dieses eine Mal ausnahmsweise auch machen und es Trient gleichtun!

***Süd-Tiroler Freiheit,
freies Bündnis für Tirol.***

Erklärung:

unter CLIL versteht man die Verwendung der Zweit- oder Fremdsprache zur integrativen Vermittlung von Lehrinhalten und Sprachkompetenz außerhalb des Sprachunterrichts unter Einbindung von Elementen der Fremdsprachendidaktik. Immersionsunterricht, der seit 2016 auch an Süd-Tirols Ober- und Mittelschulen angewandt wird. So wird Geschichte, Erdkunde, Turnen usw. nicht mehr in deutsch unterrichtet, sondern in italienisch. Es ist wieder ein Versuch, unsere deutsche Schule und Sprache zu italianisieren. Dies hat Dr. Eva Klotz (ehem. LtgAbg Südtiroler Landtag) schon mit aller Kraft abzuwehren versucht, leider vergeblich! CLIL ist ein Angriff auf den Artikel 19 des Autonomiestatuts, der den muttersprachlichen Unterricht garantiert.

Barbara Klotz, Geschäftsführerin Südtiroler Freiheit, Bozen

In diesen Tagen vor 100 Jahren

Am 10. September 1919 hatte eine österreichische Delegation mit dem österreichischen Staatskanzler Dr. Karl Renner an der Spitze, das Friedensdiktat von St. Germain-en-Laye unterzeichnen müssen. In seiner Abschiedsrede vor der österreichischen Nationalversammlung hatte der Tiroler Abgeordnete Dr. Eduard Reut-Nicolussi Castellan aus Lusern im Welsch-Tirol dazu erklärt: „Es wird jetzt in Südtirol ein Verzweiflungskampf beginnen um jeden Bauernhof, jedes Stadthaus, jeden Weingarten. Es wird ein Kampf sein mit allen Mitteln des Geistes und mit allen Mitteln der Politik. Es wird ein Verzweiflungskampf deshalb, weil wir - eine Viertelmillion Deutscher - gegen vierzig Millionen Italiener stehen, wahrhaft ein ungleicher Kampf.“ Am 16. Juli 1920 trat der aufgezwungene Staatsvertrag nach Austausch der Ratifikations-

urkunden in Kraft. Am 11. August 1920 nahm die Abgeordnetenkammer in Rom das von der Regierung vorbereitete Annexionsdekret mit 170 gegen 48 Stimmen an. Nur die Sozialisten haben dagegebgestimmt und vergeblich eine Volksabstimmung in Südtirol gefordert. Am 24. September 1920 sollte dann auch der Senat das Annexionsdekret einstimmig annehmen und den Weg Südtirols in eine schlimme Knechtschaft öffnen. Am 10. Oktober 1920 unterzeichnete dann der italienische König Vittorio Emanuele III. die formelle Annexion Südtirols.

Südtiroler Heimatbund

Die Republik Österreich verleiht jüdischen Auswanderern und Flüchtlingen und ihren Nachkommen aus der Zeit des Dritten Reiches die Staatsbürgerschaft. Ab 1. September d. J. sind alle daran Interessierten ermächtigt, unbürokratisch und gebührenfrei, um die österreichische Staatsbürgerschaft anzusuchen.

Dies sei eine „notwendige und späte Wiedergutmachung“, stellt der Obmann des Heimatbundes, Roland Lang, in einer Aussendung fest. Eine Maßnahme, die gleich nach dem Krieg, spätestens aber nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages in Wien am 15. Mai 1955, als Österreich wieder ein souveräner Staat geworden war, hätte umgesetzt werden müssen.

Die bisherige Staatsbürgerschaft kann beibehalten werden. Damit rückt Österreich endgültig von seiner bisherigen Haltung ab, dass im Sinne des Madrider Abkommens Doppelstaatsbürgerschaften zu vermeiden seien.

Obmann Lang bedauert, dass Österreich sich „trotz des verpflichtenden Beschlusses des Nationalrates vor den letzten Wahlen nicht zugleich den Südtirolern die Wiedererlangung der verlorenen österreichischen Staatsbürgerschaft neben der „italienischen“ ermöglichen. Dies war im Koalitionsprogramm der vorigen Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ vorgesehen gewesen. Wie die österrei-

chischen Juden, die aus Österreich emigriert oder geflüchtet waren, seien auch die Südtiroler gegen ihren Willen der österreichischen Staatsbürgerschaft verlustig gegangen.

„Die Wiedergutmachung eines historischen Unrechts hätte beide Gruppen erfassen“ müssen, heißt es in der Aussendung. Für die Juden komme der Schritt „reichlich spät, um noch existenziell in größerem Maße wirksam zu werden.“ Österreich sei spätestens mit dem Staatsvertrag von 1955 voll handlungsfähig gewesen. Die Wiedererleihung sei aber dennoch sehr lobenswert und müsste lediglich auch auf die Südtiroler ausgedehnt werden.

Diese souveräne Maßnahme Österreichs würde eine glaubwürdige Bekundung des europäischen Geistes darstellen, heißt es abschließend in der Presseaussendung.

Roland Lang; Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Samstag, 12. September 2020. Andreas Hofer Bund Tirol und Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland bei der Klotz Hütte im Ruetztal, Stubai.

Einen Tag nach seinem 101. Geburtstag vom Freiheitskämpfer und Schützenmajor Jörg Klotz trafen sich Mitglieder vom Andreas Hofer Bund für Tirol, Andreas Hofer Bund e.V. De und den „Alt Tyroler Schützen“ an der Klotzhütte. Der Obmann des AHBT Mag. Alois Wechselberger und Hüttenverwalter Hans Moser hatten dazu geladen. Hans Moser und sein Sohn David, hatten schon am frühen Vormittag, Material, Speisen und Getränke auf dem steilen Weg bergab zusammen mit Andrea Siller und Manfred Larch, die aus Mareit in Südtirol angereist kamen, zur Hütte gebracht. Um ca 10.00 Uhr trafen die „Bayern“ ein, mit dem Bundesvorsitzenden Hermann Unterkircher und den Bundesleitungsmitglieder Peter Kopetz und Günther Schwaller vom AHB e.V. Um ca. 11.30 Uhr kam noch Karola Unterkircher und Obmann Alois Wechselberger hinzu. Auch Sepp Weißbleitner war anwesend, der all

diese Aktionen fotografisch festhielt. Eifrig wurden Aufräumarbeiten unter der Leitung des Hüttenreferenten Hans Moser getätigt, mit Holzhacken und sägen. Besonders Peter Kopetz tat sich hervor mit Holzhacken, der samt den Holzklötzen auch noch den Hackstock zerlegte. Die Wiese mußte gemäht werden, ein Standplatz für den Grillofen gefunden und auch die Tiroler Fahne wurde von Günther Schwaller und Manfred Larch gehißt. Für das leibliche Wohlsorgten Andrea Siller und Manfred Larch, die die Küche sehr gut im Griff hatten. Auch reparierte man das Marterl von dem bei der Holztrift im Ruetzbach Verunglückten, dass neben dem Klotz Gedenkkreuz steht. Nach den Arbeiten lud Günther Schwaller alle zu einem stillen Gedenken an der Todesstelle von Jörg Klotz ein. Günther berichtete über das wechselvolle und nicht besonders schöne Leben und all den Aktivitäten von Klotz und erzählte auch wie er zu der Hütte kam und vom tragischen Ableben an diesen Platz. Nach einem kurzen Gebet nahm man am reich gedeckten Tisch der liebevoll von Andrea Siller aufgedeckt wurde Platz. Nach der ausgiebigen Marenden verabschiedete man sich wieder Richtung Heimat. Die Teilnehmer erlebten einen schönen Tag, mit historischen und sehr freundschaftlichen Hintergrund. Sowa kann sich gerne wiederholen.

Hermann Unterkircher, Schriftführer Andreas Hofer Bund Tirol.



Ein kurzes Gedenken am Klotz Kreuz

✱

Nat.Ab.g. Peter Wurm: „Volkspartei übt sich abermals am Verrat Südtirols“ Utl: FPÖ unterstützt Wiedervereinigungsbe-

strebungen und kritisiert Verhalten der Volkspartei.

Mit ihrer -verrücktnachsüden-Aufkleber Aktion will der Südtiroler Schützenbund abermals zum Nachdenken über eine Zukunft Südtirols ohne Italien anregen. Die ÖVP hüllt sich indessen auf allen Ebenen in verwegenes Schweigen und kann sich nicht einmal dazu durchringen, die Grenzen zum südlichen Landesteil Tirols zu öffnen.

Für den freiheitlichen Südtirolsprecher NAbg. Peter Wurm ist das falsche Spiel der ÖVP keine Überraschung und die Position der FPÖ klar. "Von unserer Seite gibt es nach wie vor volle Unterstützung für die Selbstbestimmung der Südtiroler, wobei es kein Geheimnis ist, dass wir die Wiedervereinigung aller Tiroler Landesteile im österreichischen Vaterland bevorzugen", erneuert Wurm die freiheitliche Position und kritisiert abermals das Verhalten der ÖVP: "Die Volkspartei diesseits und jenseits des Brenners hat die Südtiroler schon so oft verraten, dass man fast den Überblick verliert. Da Verrat und Falschheit in deren DNA liegt, sollte das aber nun wirklich niemanden mehr überraschen."

"Die Krise in Bezug auf Südtirol hat für mich drei Positionen bestätigt. Zum einen wurde das Mantra der EU-Apologeten wiederlegt, dass die Brennergrenze nur mehr in den Köpfen bestünde, und zum anderen hat sich gezeigt, dass die Autonomie Südtirols im Ernstfall keinen Pfifferling wert ist, ebenso wenig wie das Papier auf dem die Europaregion geschrieben steht", geht Wurm hart ins Gericht.

Für die FPÖ ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. "Die Krise hat auch gezeigt, dass es derzeit offenbar nicht möglich ist, die Südtiroler als österreichische Minderheit ausreichend zu schützen. Die hohe Mortalitätsrate im Vergleich Österreich-Südtirol zeigt dies deutlich. Obwohl Südtirol eine reiche Region ist, hängt die Bevölkerung am italienischen Staat und ihrem Gesundheitssystem, was fatale Folgen hat. Es hat sich ge-

zeigt, dass es eben nicht egal ist, in welchem europäischen Staat man beheimatet ist. Wir Freiheitlichen unterstützen deshalb weiterhin den Wunsch vieler Südtiroler nach Wiedervereinigung", so Wurm abschließend.

✱

Grenzenlose Studientitel: Brennergrenze für Akademiker beseitigen.

Auf einer Sitzung des Dreierlandtages wurde ein Antrag der Südtiroler Freiheit einstimmig genehmigt, mit dem die ungeliebte Brennergrenze zumindest für Akademiker beseitigt werden soll, indem Studientitel automatisch und ohne Anerkennungsverfahren in der gesamten Europaregion Tirol Gültigkeit besitzen sollen. Auch die Ausbildungsstandards sollen dafür in allen Tiroler Landesteilen vereinheitlicht werden. Es ist dies eine wichtige Errungenschaft für Jungakademiker, um zukünftig grenzenloses Lernen und Arbeiten möglich zu machen.

Es ist absolut anachronistisch, dass im vereinten und oft zitierten grenzenlosen Europa ausgerechnet Studientitel und Abschlussdiplome nicht vereinheitlicht und gegenseitig anerkannt werden, sondern von Staatsgrenzen sogar noch ausgebremst werden.

Wenn eine junge Frau aus Südtirol beispielsweise in Nord-Tirol eine Ausbildung zur „Krankenschwester“ absolviert, dauert es bis zu einem Jahr, bis ihr alle Abschlüsse von Italien anerkannt werden und sie in Süd-Tirol arbeiten kann. Ein ganzes Jahr geht ihr somit verloren, in dem sie ihren Beruf nicht ausüben kann. Es darf daher nicht Wunder nehmen, dass viele junge Menschen nach ihrer Ausbildung nicht mehr nach Südtirol zurückkehren.

Nachdem sich der Süd-Tiroler Landtag bereits mehrheitlich dafür ausgesprochen hat, dass österreichische Studientitel auch ohne italienische Anerkennung in Süd-Tirol automatische Gültigkeit besitzen sollen, wurde mit dem Beschluss des Dreierlandtages diese Initiative nun bekräftigt. Die Europaregion Tirol soll

innerhalb der Europäischen Union zukünftig eine Vorreiterrolle einnehmen, in der grenzenloses Lernen und Arbeiten ermöglicht wird, indem Ausbildungsstandards vereinheitlicht und alle Abschlüsse automatisch anerkannt werden.

Die Brennergrenze darf für die Menschen in Tirol keine Barriere mehr darstellen und muss daher auf allen Ebenen beseitigt werden!

L.-Abg. Sven Knoll, Süd-Tiroler Freiheit.

✱

Tausende Israeli wollen um die österreichische Staatsbürgerschaft ansuchen. Das titelt die israelische Tageszeitung *Jerusalem Post*. Hintergrund ist die Novelle des österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetzes. Die Novelle soll Holocaust Opfern und ihren Nachkommen möglichst unbürokratisch den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft ermöglichen. Das Gesetz ist im September in Kraft getreten.

Am 5. September 20 hat die österreichische Botschafterin feierlich in Israel den 1. Bescheid überreicht. Tageszeitungen und TV in Israel berichten sehr viel. 1500 Israeli haben bei der Botschaft ihre Papiere abgegeben. Die Gesetzesinitiative ist im vorigen Jahr einstimmig im Nationalrat beschlossen worden und vergangenen Dienstag in Kraft getreten.

Der ÖVP Nationalratsabgeordnete Martin Engelberg war an der Entstehung des Gesetzes maßgeblich beteiligt. "Er betont Respekt gebühre auch seinem Parteikollegen Bundeskanzler Sebastian Kurz, weil dieser sehr darauf gedrängt hat, dass man das sehr großzügig handhabt und sehr unbürokratisch. Und so sind wir dann zu dem Punkt gekommen, dass jetzt auch mehrere Generationen, Nachkommen von überlebenden, die österreichische Staatsbürgerschaft auch als Doppelstaatsbürgerschaft zu erwerben."

<https://oe1.orf.at/programm/20200904/611357>

Wo bleibt der versprochene Doppelpaß für die Südtiroler?

✱

„Elftes Gebot: Lei net lugg lossn“ Mahnwache: Kranzniederlegung am Gedenkstein in Blumau – Schulbuch von 1914 an Gemeinde übergeben - Neues Buch vorgestellt.

BLUMAU (zö). „Journalisten und Historiker schreiben oft nicht genau, so hieß es, dass die deutschsprachige patriotische Bewegung angeblich das Blumauer Internierungslager zum KZ hochstilisiert hat. Dabei ist in allen faschistischen Quellen vom ‚Campo di concentramento Prato d' Isarco' die Rede“, sagte Werner Schmid bei der Gedenkfeier gegen die Diktaturen. Auf Einladung des Gedenkkomitees und des Vereins Südtiroler Geschichte mit Präsident Roland Lang fand am Samstag gemeinsam mit dem Schützenbezirk Bozen unter Hauptmann Lorenz Puff in Blumau die alljährliche Feier statt. Bei der Gedenk- und Mahnwache wurde an das zwischen 1941 und 1943 bestehende Konzentrationslager „Campo di Concentramento Prato d' Isarco“ erinnert. Vor dem Gedenkstein wurde ein Kranz niedergelegt, Eine Ehrenformation der Schützen aus dem gesamten Bezirk marschierte vom Hauptplatz zum Gedenkstein, wo eine Ehrensalue im Gedenken an die Opfer des Faschismus abgeschossen wurde. Klare Worte sprach Werner Schmid, früherer Bezirksverbandspräsident der Kaufleute: Er kritisierte, dass am Durchgangslager in der Reschenstraße im Süden Bozens alljährlich viele Politiker aufmarschierten, während er bei dieser Mahnwache in Blumau, wo nachweislich ein faschistisches Konzentrationslager bestand, nur sehr wenige Politiker gekommen seien. „Wo ist der Autonomiekonvent? In einer Schublade verschwunden, denn die Autonomie ist ausgehöhlt, und es gibt immer mehr Zuwanderung sagte er. Schmid erinnerte an die Freiheitskämpfer, die nicht mehr nach Südtirol heimkehren dürfen, auch nicht zur Beerdigung von engen Angehörigen. Wir Südtiroler sind im falschen Staat“, rief Schmid unter Beifall. Daher müsse das elfte Gebot eines jeden Südtirolers

lauten: „Lei net lugg lassen“ Gedenkredner Erino Stedile, der Obmann der Welschtiroler Vereinigung „Noi Tirolesi“, dankte dem Autor Günter Rauch für seine Bücher zum KZ Blumau, die bewiesen hätten, dass die Faschisten die selbe Brutalität an den Tag gelegt hätten wie die Nationalsozialisten, „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“, zitierte Stedile die Worte am Blumauer Gedenkstein, und als Ziel nannte er die Abkehr von Nationalstaaten hin zu „kleinen Heimaten“. Die Euregio könnte ein Vorbild für das vereinte Europa sein. Danach sprach Messleiter Karl Schroffenegger ein Gebet. Dann überreichte Karl Saxer der Karneider Bürgermeisterin Martina Lantschner ein altes Schulbuch. Die Bozner-Schützen trugen bei der Generaldecharge zur Ehre der in Blumau gefangen gehaltenen Regimegegner und alliierten Kriegsgefangenen erstmals die 250 Jahre alte Schützenfahne mit. An der Feier nahmen unter anderem auch Vizebürgermeister Albin Kofler, die Landtagsabgeordnete Ulli Mair und Bozens 2. Bürgermeister Luis Walcher teil.

✱

HINTERGRUND Altes Buch ist Vorbild

BLUMAU Der Hobbyhistoriker und Sammler Karl Saxer stieß auf ein Schulbuch seines Heimatdorfes Blumau vom Jahr 1914. Es ist ein seltenes Zeugnis aus der Tiroler Bildungsgeschichte. Das Buch wurde unter Anleitung des aus Gries stammenden Volksschullehrers Josef Lechner (1886-1926) von der damaligen einklassigen Volksschule in Blumau geschrieben. Es sind darin zum Großteil von den Schülern zusammengetragene oder aus alten Büchern abgeschriebene Sinnessprüche und Sagen zu finden. Ausgehend von diesem Werk hat der von Roland Lang geleitete Verein Südtiroler Geschichte unter der Leitung der Historikerin Margareth Lun ein von verschiedenen Autoren verfasstes Buch herausgegeben. Es wurde am Samstagabend bei der Feier vorgestellt. „Der Titel ‚Die Deutschen brauchen keine Schu-

len´ wurde bewusst gewählt und sollte die Leser neugierig machen. Der zweite Teil des Satzes hieß nämlich: `Wir brauchen auch keine Deutschen`, und er stammt von Unterpräfekt Giuseppe Bolis, der das 1923 vor vielen Müttern bei einer Demonstration für den Erhalt der deutschen Schule so sagte", berichtete Margareth Lun. Es sei eine wichtige Schul- und Kulturgeschichte Südtirols geworden, zu der sie selbst, aber auch Verena Geier, Karl Reichhalter, Eva Klotz, Karl Saxer und Günter Rauch sowie der Historiker Othmar Parteli oder Bernard Wittmann wertvolle Beiträge beisteuerten.

Leserbrief zum obigen Thema:

GESCHICHTLICHES: Das faschistische Lager von Blumau. Am Samstag, dem 5. September, am späten Nachmittag fand eine Feier zur Einweihung der Erinnerungstafel an das faschistische KZ-Lager in Blumau statt. Die Schützenkompanie Bozen verlieh dazu den würdigen Rahmen. Es waren nicht nur Regimegegner aus Italien, sondern auch aus afrikanische Ländern, deren sich Italien 1935 General Grazianis Mörderheer bemächtigt hatte. Blumau war damals Umschlagplatz für den Weitertransport der Häftlinge in die deutschen Vernichtungslager. Südtirol war nach der Annexion 1919/1920 Aufmarsch- und Exerzierfeld der faschistischen Schlägertrupps, denen die Bevölkerung schutzlos ausgeliefert war. Für die jungen, vom Krieg gezeichneten Südtiroler war die Flucht nach Österreich bzw. Deutschland die einzige Chance dem italienischen Militärzwang zu entkommen. Südtirol erlebte damals die schlimmsten Zeiten in seiner langen Ge-

schichte Roland Lang führte gekonnt und mit viel Umsicht durch den Abend. Der Andrang zu dieser Veranstaltung war sehr mager, wenn nicht beschämend klein. Die satten Südtiroler hatten wohl Wichtigeres erledigen, zu schlussendlich geht es uns ja richtig gut - und was will man noch mehr?

Ivo Hechensteiner, St. Pauls

*

Mitgliederversammlung des Andreas Hofer Bund Tirol im September

Am Samstag, 5. September trafen sich die Mitglieder des Andreas Hofer Bund für Tirol im Gasthof Sailer in Innsbruck. Es wurden vom Vorsitzenden des Bundes Alois Wechselberger verschiedene Themen angesprochen, die es zu bereden gab. Unter anderen wird die Mitgliederliste überarbeitet, die Mitgliedsformulare angepasst, so dass sie den Datenschutzbestimmungen entsprechen. Hans Moser, der Betreuer der Jörg Klotz Hütte im Ruetztal im Stubai, berichtete über anfallende Arbeiten, die erledigt wurden.

Auch ein Gespräch mit dem Verleger der „Dolomiten“ Toni Ebner wird angestrebt.

Die österreichische Regierung erwägt die Ausstellung des Doppelpasses an die Juden und deren Nachkommen, die als österreichische Staatsbürger in der Zeit des 3. Reiches Österreich verlassen mußten. Die Versammlung begrüßte das einstimmig. Obmann Wechselberger wird mit Absprache der Vorstandschaft eine diplomatische Aussendung machen, warum die Vergabe des Doppelpasses für die Zwangsweise italienisierten Bürger Südtirols nicht möglich ist.

Vizeobmann Wilfried Nothegger hielt einen Kurzvortrag über das

Thema „Wie die Südtiroler durch Terror niedergehalten wurden.“

Auf Bitten vom Kulturreferent Sepp Kaser vom Schützenbezirk Brixen spendet der AHB Tirol 500 Euro für die Erstellung des „Markstein der Mitte Tirols“, der in Laifons aufgestellt wird. Die Spende wurde von den Mitgliedern einstimmig befürwortet. Der Andreas Hofer Bund e.V. de hat bereits eine Spende überwiesen. Der Schriftführer wird Sepp Kaser von diesem freudigen Beschluß berichten.

Bei der Versammlung waren 15 Personen anwesend aus Bayern, Südtirol und Tirol. Die Treffen erfreuen sich großer Beliebtheit zu dem jetzt auch junge Leute große Interesse zeigen.

Hermann Unterkircher, Schriftführer Andreas Hofer Bund für Tirol

*

Der Andreas Hofer Bund Deutschland e.V. und der Andreas Hofer Bund für Tirol wünscht allen Mitgliedern, Freunden und Unterstützern ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2021.



Der Andreas Hofer Bund e.V. trauert um sein Mitglied Herr

Günter Getzin.

Möge er ruhen in Frieden.



Redaktionsschluss für das nächste Berg-Feuer 1/2021 ist Montag, der 15. Feber 2021

Impressum: Herausgeber und Verleger: Andreas-Hofer-Bund e.V., Bundesleitung, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen
Der Andreas-Hofer-Bund ist parteipolitisch neutral. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anschrift und Schriftleitung: Berg-Feuer, Hermann Unterkircher, 82467 Garmisch-Partenkirchen, Fax: 08821-946 1551

E-Mail: Schriftleitung-Bergfeuer@web.de

Verantwortlich i.S.d.P.: Bundesvorsitzender Hermann Unterkircher, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen

Druck: Kopierzentrum Homburg, Talstraße 53, 66424 Homburg, Fax.: 0 68 41 / 120 006

Bankverbindung: Postbank München: IBAN: DE58 7001 0080 0054 1008 01; BIC: PBNKDEFF